

Leserbriefe

# Verschleppen und verschweigen



Das zerstörte Tanklager der Sondermüllverbrennungsanlage in Bürriig am 8. August (Ralf Krieger)

Zu „Klare Regeln für Müllöfen in Planung“ vom 15. Februar 2022 und zur Diskussion um die Wiederinbetriebnahme der havarierten Sondermüllverbrennung in Bürriig.

Begleitkreis-Leiter Christian Jochum hat am Montag im Rat der Stadt Leverkusen jede Menge Nebelkerzen gezündet: „Nur Chemie-Müll aus der Region und von Kunden, die man kennt, keine Mixturen, keine Abfälle, die thermisch labil sind“, lauteten seine Forderungen. Glaubt irgend jemand in Leverkusen, dass diese Auflagen für Currenta bindend sein werden?

Die Sonderabfallverbrennungsanlage in Bürriig zeichnet sich durch eine sehr hohe Verbrennungstemperatur von weit über 1000 Grad Celsius aus. Dadurch ist sie in der Lage, auch komplexe Stoffgemische aus der organischen Chemie zu verbrennen, ohne dass dabei die gefürchteten Dioxine und Furane aus dem Schornstein in die Umwelt gelangen. Denn diese werden bei der hohen Verbrennungstemperatur im Ofen zerstört. Es gibt in Europa nicht viele Verbrennungsanlagen, die das leisten.

Deshalb ist Currenta mit dieser Anlage für viele Unternehmen attraktiv für die Entsorgung ihrer Abfälle. Hier ein Zitat aus dem aktuellen Currenta-Internetauftritt zur Sonderabfallverbrennungsanlage: „Weil wir in der Chemie zuhause sind, ist uns kein Stoffgemisch zu extrem. Wir wissen ganz genau, was wie behandelt und entsorgt werden muss, und erfüllen damit zuverlässig die hohen Anforderungen unserer Kunden.“

Wer ernsthaft daran glaubt, dass sich dieses Denken in den Köpfen der Currenta-Manager durch die Explosion verändert hat, ist grundnaiv. Seit der Explosion mit sieben Toten und 31 Verletzten sind sieben Monate vergangen, ohne dass Currenta den Internetauftritt zur Sonderabfallverbrennungsanlage geändert hat.

Die Forderungen aus dem Stadtrat, beispielsweise von Gerd Wölwer von den Grünen, dass die Sonderabfallverbrennungsanlage in Bürrig für Currenta kein Instrument der „Gewinnmaximierung“ mehr sein dürfe, werden an Hans Gennen, dem technischen Geschäftsführer von Currenta, und an Chempark-Leiter Lars Friedrich wie an einer Teflonschicht abperlen.

Rund 30 Prozent der im Entsorgungszentrum behandelten Chemikalien stammen aus dem europäischen Ausland. Die Anlage war bis zur Explosion im Juli 2021 an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden in Betrieb. So soll es nach dem Willen der Currenta-Manager auch wieder werden. Denn nur unter diesem Dauerbetrieb erzielt die Anlage genug Rendite.

Wenn Currenta die Nebelkerzen aus dem Begleitkreis beherzigen würde, wäre die Rendite dahin. Denn „aus der Region und von Kunden, die man kennt“, kommt nicht genug in den Ofen. Die Jochum-Show zu den Bedingungen für eine Freigabe wirkt ein wenig wie eine Aufführung aus dem Händeschen-Theater. Nur nicht so sympathisch!

## **DETLEF STOLLER, LEVERKUSEN**

Experten am Werk

Mussten nicht die Mitglieder des Leverkusener Stadtrates schwören, ihr politisches Amt zum Wohle aller Bürger der Stadt auszuüben?

Wie soll man dann aber Äußerungen aus den Reihen von CDU, SPD und FDP verstehen, in denen seit dem Tag der Explosion im Chempark bei jeder Gelegenheit betont wird, Leverkusen sei ja ein bedeutsamer Chemiestandort und man müsse sich dazu bekennen, man müsse sich vor Vorverurteilungen hüten und solle doch erst mal die Expertenmeinungen abwarten. Fast in jeder Leverkusener Familie gebe es ja traditionell Mitarbeiter des Werks, sagte Oberbürgermeister Uwe Richrath.

Sollen sich die Leverkusener nun mitverantwortlich fühlen, trotz allem dankbar oder in der Aufarbeitung besonders nachsichtig und duldsam sein, nach all dem bisherigen Verschleppen und Verschweigen?

Verdanken wir es nicht gerade einflussreichen Experten, dass Leverkusen neuerdings Weltzentrum der chemischen Unkrautvernichtung ist, an mehreren Stellen der Stadt das Grundwasser irreversibel verseucht ist und wir mit Europas gefährlichster Giftmüldeponie leben müssen?

Natürlich sind Aspirin und Makrolon gute Produkte, aber wie konnten Politiker es zulassen, dass beispielsweise jahrzehntelang Experten der Chemie aus betriebswirtschaftlichen Gründen Tag für Tag Züge mit Kipploren aus dem Werk in die Dhünnau schicken konnten, um dort kostengünstigst ihre hochgiftige Fracht abzuladen und damit der Nachwelt zu hinterlassen?

Was ist nun mit dem Wohl der Bevölkerung nach der Explosion? Tote und Verletzte sind zu beklagen. Dazu ein bisschen Dioxin unter Schwellenwert, ein paar Autolackschäden in Wermelskirchen, ein paar Hühnereier, die lieber nicht gegessen werden sollten, ein wochenlang defektes Ventil, ein bisschen Gift für die Holländer, ein wenig Ereigniswasser.

Trotzdem läuft alles auf eine schnelle Wiederinbetriebnahme der Anlage hinaus!?

Aber nein, erst haben natürlich Experten und Umweltministerin Ursula Heinen-Esser das Wort.

**ROLAND HÖLZER, LEVERKUSEN**

Überprüft und überwacht

Ich möchte den Leserbrief von Detlef Stoller in der Ausgabe vom 12. Februar nicht unkommentiert lassen. Meine Methode einer umfassenden Meinungsbildung ist es immer, ein möglichst vollständiges Bild zu einem Thema zu erhalten und dabei nur auf Tatsachen und gesicherte Informationen zu vertrauen. Der Begleitkreis wurde auf Weisung der Bezirksregierung ins Leben gerufen, die Currenta als Verursacher anwies, diesen zu finanzieren.

Currenta-Vertreter sind keine zur Mitsprache berechtigten Mitglieder des Begleitkreises, sondern als „Zuhörer“ sprich „Gäste“ zu den Sitzungen eingeladen. Der Sondermüll wird nicht „irgendwie in die Anlage gekippt“, sondern über sogenannte Sonderleitungen direkt der Verbrennung zugeführt – übrigens mit gültiger Genehmigung und gesicherter, auditiertes Technik und ohne vermeintliches Risiko des Vermischens.

Im Übrigen werden erteilte Genehmigungen von den dafür zuständigen Behörden regelmäßig und unter dem zu diesem Zeitpunkt gültigen gesetzlichen Rahmen und den darauf basierenden Ordnungsbedingungen erneut geprüft und beschieden. Woran machen Sie fest, dass die Feuerwehr die Löscharbeiten nicht „ordentlich“ ausgeführt hat? Berufs- und Werkfeuerwehren haben für solche Situationen genaueste Pläne, in denen exakt geregelt ist, was zu tun ist.

Ihren Vorschlag eines neuen Standortes im Chempark kann ich nicht ernst nehmen. Der Chempark ist je nach Standort zwei bis vier Kilometer Luftlinie entfernt von Bürriig und es befänden sich dann sogar Produktionsbetriebe von sensiblen chemischen Stoffen in wirklich unmittelbarer Nachbarschaft.

Um auf Ihren Tenor zurückzukommen: Der Chempark grenzt unmittelbar an Wiesdorf. Ist dann die Situation für die Bürriiger besser, aber für die Wiesdorfer schlechter, und müsste man dann nach dieser Rechnung nicht den Chempark gleich schließen?

Und einfach mal weiter gedacht: Könnten Sie auf alle Produkte, die am Ende der Produktionskette im Chempark entstehen, dauerhaft verzichten?

**GABRIELE BREIDENBACH, BURSCHEID**

